Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/440

05. 06. 87

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Schilling, Dr. Mechtersheimer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/291 —

NATO-Planungen in Breitenbach (Westpfalz)

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung hat mit Schreiben vom 2. Juni 1987 im Namen der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Welche militärischen Einrichtungen sind in Breitenbach geplant?

Bei Breitenbach, Kreis Kusel, soll eine NATO-Fernmeldestation errichtet werden.

2. Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich der Gemeinderat Breitenbach einstimmig aus politischen und rechtlichen Gründen gegen die militärischen Bauvorhaben auf der Bergkuppe „Auf dem Klopp" nahe des Ortsteils Bambergerhof ausgesprochen hat, und in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung, dem Willen der Breitenbacher Volksvertretung Rechnung zu tragen?

Die Gemeinde Breitenbach ist zu dem Vorhaben im Rahmen des 1979 durchgeführten Anhörungsverfahrens nach dem Landbeschaffungsgesetz gehört worden. Sie hatte der Maßnahme damals unter der Voraussetzung zugestimmt, daß eine Reihe von Forderungen erfüllt werden.

Diesen Forderungen wird mit einer Ausnahme entsprochen. Lediglich der Wunsch der Gemeinde, den von der militärischen Anlage zur Ortschaft Breitenbach führenden Weg als Zufahrt auszubauen, kann wegen der ungünstigen Topographie (13 bis 15 % Steigung) nicht erfüllt werden.

Der Gemeinderatsbeschluß vom August 1986, durch den die Gemeinde Breitenbach grundsätzliche Bedenken gegen das militärische Vorhaben vorgebracht hat, steht im Widerspruch zu ihrer

Stellungnahme im Anhörungsverfahren. Er kann daher nicht berücksichtigt werden.

3. Wie bewertet die Bundesregierung die öffentliche Ausschreibung Nr. 13/87 des Staatsbauamts Kaiserslautern-West für die Baumaßnahme: Fm-Außenstelle, Breitenbach (Empfangsstation)? Auf welche Art von Einrichtung lassen die Abmessungen für das Betriebs- und Generatorengebäude sowie zum umbauten Raum schließen?

Die öffentliche Ausschreibung Nr. 13/87 des Staatsbauamtes Kaiserslautern-West erfolgte aufgrund der Genehmigung der Baumaßnahme durch den Bundesminister der Verteidigung. Aus dem ersten Satz der Bekanntmachung über die öffentliche Ausschreibung ist zu entnehmen, daß es sich um eine Fernmeldeaußenstelle (Empfangsstation) handelt. Aus den Abmessungen für das Betriebs- und Generatorengebäude sowie den Angaben zu dem umbauten Raum sind indessen keine Schlüsse auf die Art der Einrichtungen möglich.

4. Nach einstimmigem Votum des Gemeinderats stellen die geplanten militärischen Bauvorhaben eine Überschreitung der „Opfergrenze" gegenüber den Breitenbacher Bürgern dar, die durch die militärischen Übungsflüge und die Manöver der Feldtruppen gegenüber vergleichbaren Gemeinden eine erheblich höhere Verteidigungslast tragen.

   Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der militärischen Belastung Breitenbachs und der Westpfalz Einhalt zu gebieten?

Die geplante Fernmeldestelle stellt schon wegen ihres geringen Umfanges und der geringen Zahl an Personal keine nennenswerte Erhöhung der militärischen Belastung der Gemeinde Breitenbach und der Westpfalz dar. Immissionen gehen von der Anlage nicht aus.

Weder die Bundeswehr, noch unsere Verbündeten können im Rahmen ihres Auftrages, den Frieden zu erhalten und zu sichern, auf Übungen im freien Gelände und auf militärische Ausbildungsflüge verzichten.

Die Bundeswehr ist im Zusammenwirken mit den verbündeten Streitkräften ständig bemüht, die Belastungen für Bürger und Umwelt möglichst gering zu halten und gleichmäßig auf die Regionen des Bundesgebietes zu verteilen.

Der Landkreis Kusel und die Westpfalz sind im Vergleich zu anderen Regionen nicht übermäßig durch Übungen belastet.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333